

Leserbrief zu

Gorbatschows Beitrag über neuen Kalten

Krieg

*In der Internetzeitung „IPG – Internationale Politik und Gesellschaft“ hat Michail Gorbatschow über eine Neuauflage des Kalten Krieges am 6.1.2015 unter der Überschrift „**Es fällt schwer, nicht schwarz zu sehen**“ einen Beitrag veröffentlicht. Dazu haben mehrere Leser Stellung genommen, so auch ich mit folgendem Inhalt. Mein Beitrag ist wohl auch ohne den Wortlaut von Gorbatschows Beitrag, dessen Copyright ich durch Abdruck hier nicht verletzen will, verständlich. Er ist nachzulesen unter <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/es-faellt-schwer-nicht-schwarz-zu-sehen-731/>*

Gorbatschow und einige, die auf seinen Beitrag reagiert haben, verstehen sich als Politikberater. Das schließt die Haltung und das Missverständnis ein, die Politiker wüssten nicht, was sie tun, oder würden die Folgen ihres Tun nicht bedenken. Und ihre Maßstäbe sollten sich am Ausgleichsfrieden orientieren.

Die Außenpolitiker haben Stäbe, die alle möglichen Variationen von Aktion und Reaktion durchspielen. Es mangelt ihnen nicht am Wissen. Sie schätzen Kräfteverhältnisse ein und befriedigen Interessen, die ihnen beim Machterhalt helfen. Es gibt gerade in den USA die Interessen des „militärisch-industriellen Komplexes“, vor dem schon der damals scheidende US-Präsident Eisenhower warnte. Seit dem Abzug aus Afghanistan fehlt dem militärisch-industrielle Komplex, dass es keinen großen Konflikt mehr gibt. Er braucht aber einen Konflikt, mit dem er seine hightech Waffen als Notwendigkeit begründen kann. Und dieser Komplex hat Geld und Einfluss. Politikern geht es um Macht, deren Erwerb, Erhalt und Ausdehnung. Sie brauchen dafür Geld und Förderung von einflussreichen Kreisen. Die Gier nach Macht und der Kampf um sie ist prinzipiell grenzenlos bis hin zur Weltherrschaft.

Was Gorbatschow den Politikern vorwirft, das ist deren normale Betätigung - Machtakkumulation. Der überlegene „Westen“, der nun wirklich keine Wertegemeinschaft ist, wenn man bedenkt, wie viele Diktaturen und autoritären Regierungen dazu gezählt wurden und werden (wie wenig sich z.B. die Türkei unter Erdogan und Russland unter Putin strukturell unterscheiden, auch wenn sie unterschiedliche Glaubensbekenntnisse zur Machtbegründung bemühen), und wie ständig die Grundsätze von Menschenrechten, Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat in Bündnisstaaten verletzt werden, hat den Ostblock und die Sowjetunion zur Auflösung gebracht. Noch ist Russland aber Großmacht, an die sich Kräfte und Staaten wenden, wenn sie mit den verfassten Interessen im Westen in Konflikt geraten. Noch kann Russland den Oppositionellen durch Lieferung von Waffen und Atomkraftwerken helfen, also dafür sorgen, dass sich nicht alle umstandslos an die vorherrschenden USA anpassen müssen. Deswegen ist westliche Machtpolitik, auch Russland noch zu schwächen und ihm diese Macht zu nehmen (und die Wirtschaft der Ukraine gehört in wesentlichen Teilen zum militärisch-industriellen Komplex Russlands – z.B. Antonov-Flugzeugwerke). Obwohl nun Russland auch keine der Werte und Grundsätze von Menschenrechten, Rechtsstaat, Demokratie und Sozialstaat verwirklicht, ist es der einzige Zufluchtsort des Whistleblowers Edward Snowden geworden. Kein anderer Staat wagt, Snowden aufzunehmen, weil die USA allen anderen Staaten mit zu vielen Nachteilen drohen können. (Erinnerung an die erzwungene Landung eines Flugzeugs in Österreich, in dem vermutet wurde, dass Edward Snowden ausfliegen würde).

Ich bin kein Politiker und kein Politikberater. Ich habe als Bürger Interessen, und zwar dass keine Macht so groß wird, dass sie meine Freiheit, Menschen- und sozialen Rechte unterdrücken kann und meine Steuern für Aufrüstung verplempert und mich in einen neuen Krieg hineinzieht. Man kann beobachten, wie seit dem Verschwinden des sozialistischen Blockes die sozialen Rechte rapide abgebaut wurden, weil die Macht, die

behauptete, die sozialen Rechte der „Werkstätigen“ zu schützen, zusammengebrochen war und keine Orientierung mehr für die Arbeitnehmer und Arbeitslosen im Westen mehr werden konnte.

Die US amerikanische Verfassung ist geprägt davon, keine Macht im Inneren so groß werden zu lassen, dass die Bürger sich ihr unterwerfen müssen (conterwailing powers). Aber in der Außenpolitik tun sie genau das: Die USA verfolgen die Strategie, auch Russland als Zentrum einer verbleibenden Gegenmacht aufzulösen. Einige im Westen warnen allerdings davor, so Außenminister Steinmeier, das Territorium Russlands zu einem falling State mit sich bekämpfenden Warlords zu machen, die dann über Atomwaffen verfügen, und in deren Territorien Atomkraftwerke stehen, für deren Sicherheit geordnete Verhältnisse eine wesentliche Voraussetzung sind. (In der Ukraine hat die US-Firma Westinghouse schon die Versorgung der Kernkraftwerke mit Brennstäben übernommen, obwohl ihre Brennstäbe gar nicht zu den russischen Kraftwerkstypen passen – und das hat m.W. schon zu Problemen geführt).

Also, wenn ich will, dass Bürger mutig sich gegen Missstände in ihrem Land wehren können, ohne ins Gefängnis zu wandern, wenn man die Möglichkeit haben will, gesellschaftlich eigene Wege gehen zu können, dann brauchen wir eine Gegenmacht zu den USA. Und unsere Politiker müssen mit in ihr Machtkalkül nicht nur einbeziehen, dass der „militärisch-industrielle Komplex“ seine Aufträge und Stellung behält, sondern auch, dass sie ihre Macht verlieren könnten, weil die Bürger sich nicht in einen neuen (kalten oder heißen) Krieg hinein ziehen lassen wollen. Es geht nicht darum, schlauer als die Politiker zu sein, sondern als Bürger sich so zu organisieren und in den Parteien und Gremien so Stellung zu nehmen, dass beim Machtkalkül der Politiker ihnen das Risiko zu groß wird, mit Aufrüstung und Konfrontationspolitik ihre Macht zu verlieren.